



► Nr. VO/2021/09953
öffentlich

Lübeck, 26.03.2021

Bericht -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
2.020 - Fachbereichs-Controlling

Bearbeitung: Ralf Kuschmierz (E-Mail: ralf.kuschmierz@luebeck.de Telefon: 122-2020)

Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Mitbürger:innen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.04.2021	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
27.04.2021	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Sitzung des Ausschusses für Soziales am 02.06.2020, VO/2020/08845

Bericht:

Im Ausschuss für Soziales wurde zur o.g. VO zur Ziffer 3 über das Konzept einer neuen Begegnungsstätte berichtet. Mit diesem Bericht wird über den aktuellen Stand des Projektes informiert.

Wie in 2020 ausgeführt, wurde das Konzept der neuen Begegnungsstätte weiterentwickelt. Aufgrund folgender Feststellungen herrscht unter den Beteiligten der Sicherheitspartnerschaft weiterhin Einigkeit über die Notwendigkeit einer Begegnungsstätte wie sie bereits im Umsetzungskonzept der Sicherheitspartnerschaft im April 2020 vorgestellt wurde:

Seit der Auflösung des Treffpunktes am Krähenteich sind Menschen mit Drogenproblematiken schwer anzutreffen. Verschärft wird die Situation durch die Corona-Pandemie und die berechtigten gesundheitlichen Befürchtungen der körperlich schon sehr belasteten Menschen. Beides fördert einen Rückzug ins isoliert Private, der die Betreuung (auch durch das Gesundheitsmobil) erschwert.

Eine große Schwierigkeit für die Kranken, wie auch für die Hilfsdienste, wird hauptsächlich in der mangelnden Kontaktmöglichkeit gesehen. Polizei, Bahnhofsmmission, Gesundheitsmobil und Ordnungsdienst können bei Verweisen von bestimmten Orten den drogenkranken Menschen keine Alternativen aufzeigen.

Die Suche nach einem geeigneten Standort wurde inzwischen erfolgreich abgeschlossen. Dabei waren folgende Kriterien ausschlaggebend:

- Vereinbarkeit der Begegnungsstätte mit den umgebenden Nutzungen
- Gute Erreichbarkeit, möglichst im Bereich zwischen der Innenstadt, dem Holstentor und dem ZOB

- Anfahrbarkeit für den Rettungsdienst
- Zentraler Ort für das Gesundheitsmobil
- Vermeidung eines alternativen und nicht betreuten Treffpunktes
- Ein geschütztes und abgeschlossenes Areal in ausreichender Größe, um Diskretion zu gewährleisten und das Angebot niedrigschwellig zu halten. Neben der Umsetzung des Raumprogrammes sollen auf dem Areal auch Außenanlagen zur Verfügung gestellt werden.
- Verfügbarkeit des Grundstückes, idealerweise im Eigentum der HL

Nachdem sich die Suche unter Berücksichtigung der o.g. Kriterien und mangels geeigneter Alternativen auf die mittlere Wallhalbinsel konzentriert hatte, wurden zunächst zwei Grundstücke der HL an der Willy-Brandt-Allee identifiziert. Auf diesen befinden sich bereits Gebäude. Unter wirtschaftlichen Aspekten wurde zunächst eine Umnutzung dieser vorhandenen Gebäude favorisiert. Als Ergebnis blieb aber festzustellen, dass sich das erforderliche Raumprogramm für die Begegnungsstätte nicht innerhalb der bestehenden Hochbauten abbilden ließ. Verfügbare Freiflächen in ausreichender Größe sind auf den Grundstücken ebenfalls nicht vorhanden.

Als Alternative wurde daraufhin die Freifläche auf der anderen Straßenseite der Willy-Brandt-Allee unterhalb der Marienkirche untersucht und für besonders geeignet befunden. Der Standort erfüllt alle genannten Kriterien. Einzelheiten können den entsprechenden Anlagen entnommen werden.

Die Kapazitäten der jetzigen Begegnungsstätte tea & talk in der Wahnstraße sind erschöpft, eine Erweiterung der Angebote ist an diesem Standort nicht möglich. Somit ist eine Bündelung der Beratung und Betreuung durch die AWO am neuen Standort vorgesehen.

Zwischenzeitlich wurde die Realisierungsplanung vorgenommen.

Demnach ist aktuell geplant, die neue Begegnungsstätte zum Jahresende 2021 in Betrieb zu nehmen. Des Weiteren sieht die momentane Planung vor, dass das städtische Grundstück von der Lübeck-Port-Authority kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Vorbehaltlich der Befassung der KWL-Gremien plant die KWL die Errichtung der Begegnungsstätte.

Im Anschluss an die Fertigstellung werden die Räumlichkeiten der Begegnungsstätte von der KWL an die AWO vermietet.

Eine Refinanzierung der Mietkosten erfolgt über einen entsprechenden Budgetvertrag. Gegebenenfalls muss eine Anpassung des bestehenden und für die Folgejahre zu verlängernden Budgetvertrages erfolgen. Entsprechende Formulierungen werden in den zurzeit stattfindenden Abstimmungen zu den Budgetvertragsverlängerungen berücksichtigt.

Aktuell erfolgen noch Feinabstimmungen zur genauen baulichen Umsetzung. Je nach Wirtschaftlichkeit sollen entweder Module oder eine Holzständerbauweise zum Einsatz kommen. Die Einhaltung des zwischen der AWO und dem Gesundheitsamt abgestimmten Raumprogrammes ist in beiden Fällen gewährleistet. Einzelheiten zum Raumprogramm können der Anlage entnommen werden.

Die Begegnungsstätte soll mindestens von 09.00 Uhr bis 16.00 Uhr an allen Tagen geöffnet sein.

Der Betrieb der Begegnungsstätte an diesem Standort soll zunächst für ungefähr 10 Jahre gewährleistet sein. Laut Aussage des Bereiches Stadtgrün und Verkehr ist nicht vor 2030 mit dem Baubeginn eines Ersatzbaus zur Marienbrücke zu rechnen. Im Zuge der Baumaßnahmen müsste die Begegnungsstätte an einen zu findenden neuen Standort umziehen.

Eine Erweiterung der Begegnungsstätte um ergänzende Räumlichkeiten bzw. eine Ausweitung des Angebotes ist grundsätzlich möglich. Die städtischen Planungen werden sich hier auch zukünftig an den Bedürfnissen der Suchthilfe orientieren. Bekanntermaßen sind Letztere in einem ständigen Veränderungsprozess und erfordern auch in Zukunft ein flexibles und vorausschauendes Agieren, aber auch ein Reagieren auf die sich ändernden Rahmenbedingungen und Bedürfnisse. Maßgebend wird hier die weitere Ausrichtung und Entwicklung auf Landesebene in Richtung der Suchthilfe sein. Entsprechende Modellprojekte in diesem Zusammenhang sind in Schleswig-Holstein bereits umgesetzt oder in der Planung.

Die Hansestadt Lübeck wird die Entwicklung beobachten und mögliche Optionen prüfen. Zurzeit werden bereits erste Vorüberlegungen und Prüfungen zu einer zentralen Substitutionsambulanz vorgenommen. Diese wird von den Beteiligten der Sicherheitspartnerschaft als eine mögliche sinnvolle Ergänzung im Rahmen der Suchthilfe gesehen.

Anlagen:

Anlage 1 – Standort Lageplan

Anlage 2 – Planung Grundriss

Anlage 3 – Raumprogramm Konzept

Senator Sven Schindler